Ressort: Gesundheit

Marburger Bund: Geplantes Gesetz zur Tarifeinheit keine Verbesserung

Berlin, 03.09.2014, 16:35 Uhr

GDN - Die Ärzteorganisation Marburger Bund sieht in einer laut Medienberichten geplanten Modifizierung des geplanten Gesetzes zur Tarifeinheit keine Verbesserung. "Ein Zwang zur Tarifeinheit nach der sogenannten Mehrheitsregel degradiert die zahlenmäßig unterlegene Gewerkschaft zum Zaungast von Tarifverhandlungen", sagte der Sprecher des Marburger Bundes, Hans-Jörg Freese, der Tageszeitung "Junge Welt" (Donnerstagsausgabe).

Eine Gewerkschaft, deren Tarifvertrag nicht wirksam werden könne, dürfe nicht zu einem Arbeitskampf aufrufen. "Insofern spielt es keine Rolle, ob im Gesetz explizit klargestellt wird, dass Gewerkschaften mit weniger Mitgliedern im Betrieb an die Friedenspflicht der größeren Gewerkschaft gebunden sind. Implizit ist das die Konsequenz einer verordneten Tarifeinheit: Die Minderheitsgewerkschaft im Betrieb wird kaltgestellt." Die "Stuttgarter Zeitung" hatte am Mittwoch über Pläne des Bundesarbeitsministeriums berichtet, dass künftig der Tarifvertrag der Gewerkschaft mit den meisten Mitgliedern in einem Unternehmen maßgeblich sein soll, ohne allerdings die Folgen dieser Regelung für das Streikrecht zu benennen.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-40360/marburger-bund-geplantes-gesetz-zur-tarifeinheit-keine-verbesserung.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619